

**Léontine Meijer-van Mensch**

**Museale Strategien im Umgang mit Holocaust-Denial und Nahostkonflikt**

Vortrag Fachgruppe Geschichtsmuseen im Deutschen Museumsbund Karlsruhe 17.11.2017

Das Jüdische Museum Berlin, das am 13. September 2001 offiziell eröffnet wurde, ist keine jüdische Institution, hat keine institutionelle Verbindung zur Jüdischen Gemeinde, ist am Samstag geöffnet, und die meisten Mitarbeiter\*innen sind nicht jüdisch. Nichtsdestotrotz wird das Museum bewacht und die Besucher\*innen betreten das Museum durch eine Sicherheitsschleuse. Dies ist leider Alltag für Museumskolleg\*innen, die in einem Jüdischen Museum in Deutschland arbeiten. Meine Frage als Programmdirektorin ist, wie kann so einem Museum stärker inklusiv wirken?

Mit der Eröffnung der Akademie, ihrem Jüdisch-Islamischen Forum und dem Programm zu Migration und Diversität hat das Jüdische Museum Berlin das Spektrum der bisherigen Museumsaktivitäten erweitert. Die Akademieprogramme möchten ganz bewusst den Perspektiven anderer religiöser und ethnischer Minderheiten Raum geben. Dabei nimmt das Museum nicht nur die Beziehung zwischen Mehrheitsbevölkerung und einzelnen Minderheiten in den Blick, sondern fördert insbesondere den Austausch und die Vernetzung von Minderheiten untereinander. Das Museum möchte somit eine Plattform bieten für die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitisch hochaktuellen Themen wie Deutschland als Einwanderungsland oder der Situation von Jüdinnen\*Juden und Muslim\*innen als religiöse Minderheiten in Deutschland. Dies ist nicht konfliktfrei, aber aus unserer Sicht sehr wichtig.

Ist es möglich, als Jüdisches Museum eine multi-perspektivische Sicht auf Jerusalem und den Nahostkonflikt zu haben? Die Ausstellung Welcome to Jerusalem die ab den 11. Dezember 2017 für anderthalb Jahre zu sehen sein wird, thematisiert Aspekte der Stadtgeschichte, in der Alltag, Religion und Politik unauflöslich miteinander verflochten sind. Jerusalem ist politisch brisant als Hauptstadt des seit 1948 bestehenden Staates Israel und als beanspruchte Hauptstadt eines künftigen Staates Palästina. Wie gehen vor allem Vermittler\*innen mit dieser Multiperspektivität um?